

# **Politisches Verhalten von Arbeitslosen: Die Bundestagswahlen 1980 und 1983 im Vergleich\***

Von Hans Rattinger

## **1. Einführung: Theorien, Daten, Befunde**

### *1.1. Vorbemerkung*

Forschung zur Arbeitslosigkeit beschäftigt eine Reihe von akademischen Disziplinen. Ursachenforschung, beschäftigungspolitische Optionen und die Stabilität des Sicherungssystems werden von Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik bearbeitet. In der Tradition der klassischen Studie von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel (1933) ist Arbeitslosigkeit ein Untersuchungsobjekt von Soziologie und Psychologie auf der Ebene von Gruppen und Individuen. Welche Personengruppen fallen ihr am ehesten zum Opfer und welche Folgen hat sie für die sozialen Bezüge der Betroffenen? Gibt es bestimmte Persönlichkeitstypen, welche wahrscheinlicher erwerbslos werden, welche psychischen oder medizinischen Belastungen bewirkt tatsächlicher oder befürchteter Arbeitsplatzverlust? Arbeitslosigkeit ist schließlich ein Forschungsgegenstand der Politischen Wissenschaft. Sie wird im Bewußtsein der Bevölkerung als zentrales Problem eingestuft, dessen Lösung dem Aufgabenbereich des Staates zugerechnet wird (Abbildung 1). Damit existiert ein Regelkreis: Das ökonomische System unterliegt einerseits politischen Einflüssen und Steuerungsimpulsen und produziert andererseits die Arbeitsmarktlage als eine seiner zentralen Kenngrößen (Frey/Schneider 1975). Diese wiederum beeinflußt — aufgrund der eindeutigen Zuordnung von Verantwortung — Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung gegenüber dem politischen System, welche seine Handlungsspielräume — und zwar nicht nur die arbeitsmarktpolitischen — eingrenzen und damit letztlich auch seine Überlebensfähigkeit und -bedingungen.

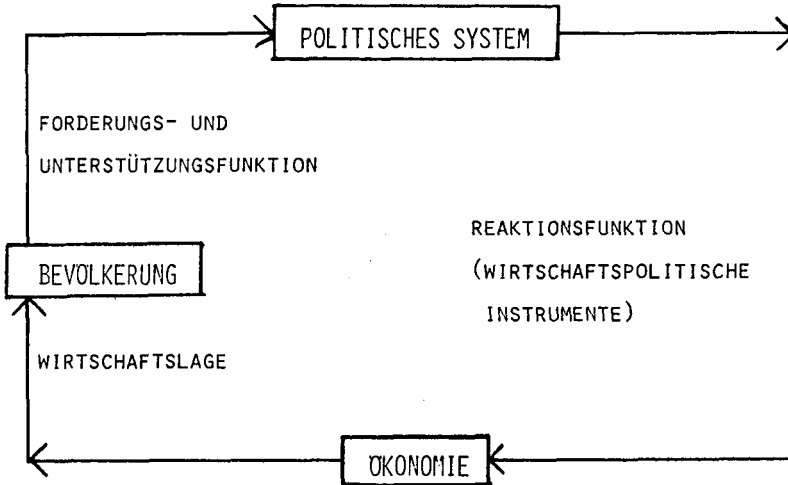
Im Rahmen dieses politisch-ökonomischen Gesamtsystems ergeben sich für die Politische Wissenschaft drei zentrale Fragestellungen: Wie sehen erstens die Anforderungs- und Unterstützungsfunktionen gegenüber dem politischen System angesichts bestimmter ökonomischer Problemlagen aus, welche Persistenzprobleme ergeben sich daraus zweitens für das politische System, welche Reaktionsweisen entwickeln drittens politische Systeme, wenn sie sich beim

---

\* Dieser Beitrag stellt die erweiterte und überarbeitete Fassung einer Antrittsvorlesung an der Universität Bamberg vom Januar 1983 dar.

Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente nicht nur an makroökonomischen Zielvorgaben, sondern ebenso an den antizipierten Rückwirkungen des Instrumenteneinsatzes auf die Unterstützungs- und Anforderungsfunktionen orientieren?

ABBILDUNG 1: POLITISCH-ÖKONOMISCHES REGELSYSTEM



In diesem Beitrag wird ein bescheidener Ausschnitt aus dem ersten Fragenkomplex verfolgt. Daß ökonomische Strukturen, Konjunkturen oder Krisen Auswirkungen auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auf politische Systeme haben — oder unter bestimmten Bedingungen zumindest haben können — wird kaum je bestritten. Im Gegenteil: Solche Auswirkungen gehören zu den Grundmustern der Interpretation von Popularitätsverlusten oder Wahniederlagen, von Staatsstreichen oder Revolutionen durch Journalisten, Politiker oder Wissenschaftler. Politische Konsequenzen der Arbeitslosigkeit stellen eine spezifische Ausprägung derartiger Zusammenhänge dar. Der empirischen Handhabbarkeit halber schränke ich sie weiter ein auf etwaige Besonderheiten im politischen Verhalten der Arbeitslosen.

Diese Einschränkung läßt sich in der empirischen Analyse durchhalten. Wenn im folgenden jedoch zunächst die verfügbaren Hypothesen zusammengestellt und kritisch systematisiert werden sollen, dann durchkreuzt der Generalisierungsgrad sozialwissenschaftlicher Hypothesen — von Theorien scheue ich mich zu sprechen — das Bemühen um analytische Stringenz. Es gibt keine Theorien des politischen Verhalten von Arbeitslosen. Wohl aber gibt es eine Fülle von — zum Teil widersprüchlichen — impliziten oder expliziten Vermutungen und Hypothesen über die politischen Begleiterscheinungen ökonomi-

scher Verhältnisse und Entwicklungen, die sich für die politischen Folgen der Arbeitslosigkeit interpretieren lassen. Dies soll nun versucht werden.

### 1.2. Hypothesen zu den politischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit: Richtung der Zusammenhänge

Hinsichtlich der Richtung der vermuteten politischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit lassen sich drei Gruppen von Hypothesen unterscheiden, die ich als Apathiehypothesen, Radikalisierungshypothesen und Wählerwanderungshypothesen bezeichne. Apathiehypothesen sagen als Reaktion auf Arbeitslosigkeit politische Demotivierung, die übrigen Hypothesen sagen politische Motivierung voraus.

Politische Apathie ist das Grundmuster der in der österreichischen Marienthal-Studie von 1932 so eindringlich beschriebenen „müden Gemeinschaft“. Sofern politische Präferenzen überhaupt noch artikuliert werden, unterscheiden sie sich nicht von früheren. Partizipation — etwa an Wahlen — ist aber ritualisiert und nicht mehr instrumentell oder ideologisch ausgerichtet. Angesichts der Zerstörung des Selbstwertgefühls, der Planlosigkeit des Daseins, der Reduktion auf elementare Selbstbehauptung, der eigenen Machtlosigkeit triumphiert der Fatalismus. Politik hat keine persönliche Bedeutung, ist gleichgültig, uninteressant.

In völliger Umkehr dieser Argumente besagen die Radikalisierungshypothesen, daß Arbeitslosigkeit nicht zum *Rückgang* politischer Aktivität führt, sondern im Gegenteil zur politischen Mobilisierung — und zwar *gegen* das politische System. Für eine erste Variante dieser Auffassung liefert das Versinken der Weimarer Demokratie im Strudel der Wirtschaftskrise das Paradebeispiel (z. B. Frey/Weck 1981). Die Notlage der Wirtschaft oder der eigenen Person wird auf das Konto des demokratischen, pluralistischen Staates und seiner Institutionen verbucht. Autoritäre Bewegungen der Fundamentalopposition gegen das „System“, nicht kompromittiert durch Machtteilhabe und profiliert durch eingängige Schuldzuweisungen und Radikalkuren, erhalten Zulauf. Auch die Wahlerfolge der NPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurden und werden im Kontext solcher Überlegungen interpretiert.

Eine zweite Variante der Radikalisierungshypothese wird aus marxistischer Sicht eingebracht. Die Lohnabhängigen in hochentwickelten kapitalistischen Ländern sind durch Wirtschaftswachstum korrumpiert. Massenarbeitslosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit sind Voraussetzungen, um den antagonistischen Klassencharakter solcher Gesellschaften und die Unausweichlichkeit sich verschärfender Krisen des Kapitalismus wieder in das Bewußtsein der Werktätigen zu bringen. Arbeitslosigkeit muß somit zur Verschärfung des Klassenkampfes und entsprechender politischer Verhaltensweisen führen, also etwa die Streikbereitschaft oder die Anhängerschaft von Linksparteien vergrößern.

Wählerwanderungshypothesen schließlich stimmen mit Radikalisierungshypothesen darin überein, daß Arbeitslosigkeit nicht zur politischen Apathie zu führen braucht, sondern sehr wohl auf früherem oder sogar noch höherem Partizipationsniveau zur Umformung politischen Verhaltens beitragen kann. Allerdings werden diese Verschiebungen nicht in Richtung auf außerhalb der etablierten politischen Muster liegende Lösungen behauptet, sondern zwischen den gewohnten politischen Angeboten. Ein erstes derartiges Argument kann sich auf die „Ökonomische Theorie der Demokratie“ von Downs (1957) stützen. Wenn Teile der Bevölkerung in ihrem Wahlkalkül die Leistungsbilanz der bisherigen Regierung mit ihren Erwartungen von einer alternativen Regierung für die Zukunft vergleichen und dabei der ökonomischen Lage — damit auch der Arbeitsmarktlage — einen gewissen Stellenwert einräumen, dann kann hohe und/oder steigende Arbeitslosigkeit dazu führen, daß in gewissem Umfang die Unterstützung der bisherigen Regierung zugunsten der bisherigen Opposition aufgegeben wird. „Bad times hurt the ins“ sagt man in den USA: „Schlechte Zeiten schaden den Amtsinhabern“. Bemüht man sich um eine sozialwissenschaftlich distanzierte Redeweise, dann kann man sagen, daß sich aus Downs' Werk eine „Anti-Regierungs-Hypothese“ über die politische Wirkung der Arbeitslosigkeit ableiten läßt.

Man kann andererseits argumentieren, daß Problemsituationen aller Art die Anhängerschaft derjenigen politischen Kraft verstärken sollten, die traditionell als Interessenvertretung der Betroffenen gewirkt hat. Eine solche Hypothese des Zusammenrückens um die Fahne der gemeinsamen Sache nenne ich „Klientelhypothese“. Sie geht von langfristig stabilen Identifikationen sozialer Gruppen mit bestimmten Parteien aus, die durch Bedrohung dieser Gruppen intensiviert werden.<sup>1</sup> Arbeitslosigkeit sollte danach unabhängig von der Regierungsbeteiligung die Anhänglichkeit der Betroffenen und der gefährdeten Arbeitnehmer an sozialdemokratische oder sozialistische Parteien erhöhen. Da die Anti-Regierungs-Hypothese nach Regierungsbeteiligung differenziert, die Klientelhypothese aber nicht, können sich beide Hypothesen decken — oder auch nicht. Im Fall der Arbeitslosigkeit etwa ergaben sich während der sozialliberalen Koalition aus beiden Hypothesen konträre Folgerungen, heute fallen beide zusammen.

### *1.3. Differenzierung der Hypothesen: Niveaueffekte und Reaktionsschwellen*

Diese Hypothesen zur Richtung der politischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit sind viel zu global. Sie müssen weiter differenziert werden. Erstens schließen sie sich nicht wechselseitig aus. Apathie, Radikalisierung und Präferenzverlagerungen innerhalb des etablierten politischen Systems können in

<sup>1</sup> Die Idee — nicht der Begriff — findet sich gut ausgeführt bei Hibbs (1977, 1979), der allerdings die Parallelität zum Konzept der Parteiidentifikation vernachlässigt (zu letzterem s. Falter 1981).

ein und derselben Situation gleichzeitig auftreten. Zweitens muß die Niveauabhängigkeit des Geltungsanspruchs der verschiedenen Hypothesen geklärt werden. Erscheint nicht die Annahme höchst sinnvoll, daß Arbeitslosigkeit erst ab einer bestimmten Intensität politisch relevant wird? Diese kritische Reaktionsschwelle (Frey/Garbers 1971/72) dürfte zumindest von Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit abhängen. Ist es nicht ferner plausibel, von *verschiedenen* Reaktionsschwellen für *verschiedene* Reaktionsformen auszugehen, von niedrigeren Schwellen, bei denen zunächst Einstellungsveränderungen und dann Wählerwanderungen einsetzen, und einer höheren Schwelle für Radikalisierung?

Das Konzept solcher Reaktionsschwellen ist für Individuen wie für gesamte Systeme von Bedeutung. Eine zentrale Frage der Forschung über politische Folgen von Arbeitslosigkeit muß lauten, wovon die Höhe dieser kritischen Schwellenwerte abhängt. Auf der Aggregatebene muß man an das System der sozialen Sicherung denken. Allerdings stößt man sofort wieder auf widersprüchliche Hypothesen. Je weiter dieses Sicherungssystem ausgebaut ist, desto *höher* können die Schwellenwerte liegen, desto *gedämpfter* können die politischen Folgen der Arbeitslosigkeit werden. Neben der Milderung individueller Härten könnte man unter dem Aspekt der Systempersistenz darin geradezu die zentrale Intention der sozialen Absicherung der Arbeitslosen sehen: Die Ablenkung der Lohnabhängigen vom Klassenkampf soll auch in ökonomischen Krisenzeiten möglichst lange aufrechterhalten werden können.

Die gegenteilige Hypothese besagt, daß mit dem Ausbau der Absicherung die Reaktionsschwellen *sinken*, weil die Befreiung von unmittelbaren Existenzsorgen eine situative Entlastung bewirkt, die politische Reaktionsformen überhaupt erst ermöglicht. Diese Auffassung stellt gewissermaßen ein Komplement zur Apathiehypothese dar: Die Wahrscheinlichkeit politischer Reaktion auf Arbeitslosigkeit steigt in dem Maß, in dem sie ihren existenzvernichtenden Charakter verliert.

Verlassen wir die Aggregatebene. Warum erwarten wir, daß auch die *individuellen* Schwellenwerte für verschiedene Reaktionsformen verschieden hoch liegen? Eine zentrale Rolle kommt hier der Strukturierung der Arbeitslosigkeit zu.

× Stehen alternative Rollen der Teilnahme am Erwerbsleben gegenüber — etwa als Hausfrau und Mutter oder als Rentner — dann dürften die Reaktionsschwellen sehr hoch sein. Familienstand, Alter und Geschlecht sind dafür von Bedeutung. Ansprüche an die eigene Berufstätigkeit und die Chance ihrer Erfüllung dürften ebenfalls Art und Schwellen politischer Reaktionen beeinflussen. Alter, Ausbildung und berufliche Qualifikation sind hier als Einflußfaktoren zu nennen. Ebenso wichtig sollten Höhe, Struktur und Sicherheit des Haushaltseinkommens sein, welch letztere zumindest eine partielle Funktion des gesellschaftlichen Sicherungssystems ist.

Speziell für die Arbeitslosen *selbst* sind als vier weitere Kriterien Persönlichkeitsstrukturen, die Stabilisierung der politischen Sozialisation, die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die Freiwilligkeit der Aufgabe des letzten Arbeitsplatzes nachzutragen. Bei einer Umfrage im Jahre 1978 gaben immerhin 38 Prozent der registrierten Arbeitslosen an, ihre letzte Stelle selbst gekündigt zu haben.<sup>2</sup> Bei diesen Personen wird man politische Reaktionsformen in geringerem Umfang erwarten.

#### 1.4. Geltungsanspruch der Hypothesen:

*Für wen und auf welcher Analyseebene sind sie formuliert?*

Zum Schluß dieser theoretisch orientierten Einführung ist eine letzte unerläßliche Differenzierung der vorgetragenen Hypothesen zu verdeutlichen, für wen sie nämlich formuliert sind, wer als Träger der politischen Reaktionen unterstellt wird. Um das Problem zu veranschaulichen: Fast jedermann weiß — oder glaubt zu wissen — daß Massenarbeitslosigkeit die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten entscheidend gefördert hat. Bedeutet das, daß die Arbeitslosen damals bevorzugt die NSDAP gewählt haben (s. Falter et al. 1983)? Ohne dieses Beispiel vertiefen zu wollen: Es verdeutlicht uns die Notwendigkeit zu reflektieren, ob und warum man in einer bestimmten Situation politische Folgen der Arbeitslosigkeit einer bestimmten Stärke und Richtung nach auf der Aggregatebene des gesamten Systems oder auf individueller Ebene und bei welchen Individuen und Gruppen erwartet.

Bei den Individualhypothesen muß man trennen zwischen politischen Individualeffekten und Kontexteffekten der Arbeitslosigkeit. Individualeffekte sind naturgemäß auf die selbst gegenwärtig und/oder früher Arbeitslosen beschränkt. Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit können prinzipiell jedermann betreffen, wobei der relevante Kontext sehr eng oder sehr weit sein kann.

Für die Vermittlung der Arbeitsmarktlage als Kontextgröße für individuelles Verhalten scheinen mir drei Prozesse besonders bedeutungsvoll. Zum ersten können Kontakte mit arbeitslosen Verwandten, Freunden oder Bekannten, Entlassungen im Betrieb, in der Gegend, im Beruf oder in der Branche bei Erwerbstätigen oder in Ausbildung Befindlichen oder ihren Familien Angst erzeugen, selbst von Arbeitslosigkeit oder einer Verschlechterung der beruflichen Situation direkt oder indirekt betroffen zu werden. Zum zweiten gibt es das breite Feld der graduell sehr unterschiedlichen indirekten Betroffenheit. Selbst wenn man die Tarifverhandlungen ausklammert, in denen die Macht der Gewerkschaften auch eine Funktion der Arbeitsmarktlage ist, bleiben zahllose indirekt von Arbeitslosigkeit Betroffene: Die Familienangehörigen, die Händler in Arbeitervierteln, Gastronomen usw., die selbst ihre Existenz erhalten können,

<sup>2</sup> Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Arbeitslosigkeit: Arbeitssuche, berufliche Mobilität, Arbeitsvermittlung und Beratung* (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Umfrage Nr. 1083/1084).

deren Umsatz aber schrumpft. Drittens schließlich kann Arbeitslosigkeit auch für solche Individuen politisch relevant werden, die weder direkt noch indirekt betroffen sind, noch sich darum zu sorgen brauchen, indem etwa ihre Bewertung der Problemlösungskompetenz von Staat und Wirtschaft beeinflusst wird. Daß diese drei Vermittlungsmechanismen kontextueller Arbeitslosigkeit bei einem Individuum parallel laufen und sich gegenseitig verstärken können, versteht sich ebenso von selbst, wie daß Arbeitslosigkeit als Kontextgröße auch für die politischen Reaktionsweisen von Arbeitslosen selbst relevant sein kann.

Als Träger politischer Reaktionen auf Arbeitslosigkeit kommen fast alle Individuen in Frage. Zu behaupten, Arbeitslosigkeit führe zu Apathie, Radikalisierung nach rechts oder links, Abwahl der Regierung oder Verstärkung bestimmter Parteien, reicht nicht aus. Bei wem erwartet man welche Reaktionsformen unter welchen politischen, gesamtgesellschaftlichen, ökonomischen, sozialstrukturellen und individuellen Randbedingungen? Klammert man diese Fragen bei der Theoriebildung aus, dann können globale Vermutungen und empirische Evidenz leicht auseinanderfallen.

Angesichts der Komplexität der politischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf individueller Ebene erscheinen für die Systemebene formulierte Hypothesen gewagt. Natürlich sind sie für Systemvergleiche oder für Längsschnittanalysen äußerst bequem (s. z. B. Frey/Schneider 1980). Solange sie aber nicht dem Versuch entspringen, empirisch abgesicherte Erkenntnisse über individuelles Verhalten adäquat zu aggregieren, haftet ihnen große Beliebigkeit an. Je weniger Aggregattheorie und individualistische Theorie verklammert sind, desto größer ist die Gefahr einer unorganisierten, disparaten und widerspruchsvollen Forschungslandschaft, desto größer ist die Gefahr von Fehlschlüssen zwischen den Analyseebenen. Diese Bemerkungen gelten weit über den hier thematischen Bereich hinaus.

### *1.5. Das Programm der empirischen Untersuchung*

Bislang wurden grundlegende Probleme und einige zentrale Bestandteile einer empirisch gehaltvollen Theorie der politischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit skizziert, über die wir derzeit noch nicht verfügen. Diese einzelnen Bausteine müßten nun anschließend konzeptuell miteinander verknüpft, in komplexen Kausalmodellen zusammengefaßt und in überprüfbare Hypothesen übersetzt werden. Diese wären dann die Ausgangsbasis umfangreicher multivariater Datenanalyse. Wenn die theoretische Diskussion an dieser Stelle abgebrochen wird, dann bedeutet das den Verzicht auf ein solches Unterfangen. Im verfügbaren Rahmen ist beides nicht möglich, die theoretische Klärung weiterzutreiben *und* empirische Ergebnisse über die Bedeutung der Arbeitslosigkeit bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983 und über die Folgerungen für künftige Wahlen vorzulegen. Die ausführliche theoretische Einführung schien mir dennoch unerlässlich, um den Stellenwert der nachfolgenden empirischen

Analysen zu verdeutlichen. Es geht in ihnen um einen ganz bescheidenen, aber nicht unwichtigen Mosaikstein aus der Gesamtproblematik, nämlich um das Wahlverhalten der Arbeitslosen.

Macht diese Restriktion der Fragestellung überhaupt Sinn? Die Auswahl des Themas enthält die Antwort. Die deskriptive, gruppenspezifische Antwort auf die elementare Frage der Wahlsoziologie: „Wer wählt wen?“ ist eine Voraussetzung für die Frage: „Warum wählt wer wen?“, die Frage nach den *Determinanten* des Wahlverhaltens.

Diese beiden Fragen: „Wen wählten die Arbeitslosen bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983?“ und: „Wählten sie so, weil sie arbeitslos waren?“ leiten die Untersuchung. Aus den Antworten auf diese Fragen läßt sich dann folgern, welche Konsequenzen der Arbeitslosigkeit in der Zukunft zu erwarten sind. Wie sich zeigen wird, sind diese beiden Fragen kompliziert genug, um die Einengung der Analyse zu rechtfertigen. Der Darstellung ihrer Ergebnisse sind einige Sätze zur Datenlage voranzustellen.

### 1.6. Datenlage und frühere Befunde

Wir sind es inzwischen gewohnt, daß mit großer Geschwindigkeit Umfrageergebnisse zu allen möglichen Aspekten des alltäglichen gesellschaftlichen und politischen Lebens vorgelegt werden, von der Reaktion des Publikums auf die Renaissance des Minirocks bis hin zur Bewertung von Pershing II. Über eine solche Fülle aktueller Daten zu den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Arbeitslosen verfügen wir nicht. Es gibt nur wenige Befragungen unter Arbeitslosen in der Bundesrepublik, und politische Themen spielen in den meisten wegen der inhaltlichen Anliegen der Auftraggeber und der durchführenden Forscher kaum eine Rolle.

Daß es so wenige Umfragestudien zu diesem Personenkreis gibt, überrascht schon wegen der gravierenden methodischen Schwierigkeiten nicht. Auf diese Probleme der sinnvollen Abgrenzung der Population und ihrer stichprobenmäßigen Erfassung kann hier nicht im Detail eingegangen werden.<sup>3</sup>

Ebenso große Probleme werfen Versuche auf, die „echten“ Arbeitslosen über allgemeine Bevölkerungsumfragen zu erreichen. Bei ihnen besteht das Problem der Selbstklassifikation. Der Arbeitslose braucht gar nicht anzugeben, daß er

<sup>3</sup> Die Problematik besteht vor allem darin, daß Stichproben sinnvollerweise eigentlich nur auf den Unterlagen der Arbeitsverwaltung aufgebaut werden können. Diese stehen aber meist nicht zur Verfügung, sie sind rascher Fluktuation unterworfen, außerdem enthalten sie aufgrund scheinbarer und verdeckter Arbeitslosigkeit eine systematisch verzerrte Grundgesamtheit (s. z. B. Egle 1979).

ohne Beschäftigung ist. Entsprechend wird in allgemeinen Bevölkerungsumfragen die offizielle Arbeitslosenquote nie erreicht. Außerdem erstrecken sie sich in der Regel nur auf die *wahlberechtigte* Bevölkerung. Schließlich sind die Fallzahlen der befragten Arbeitslosen in solchen Umfragen natürlich gering.

Wie sehen nun die früheren Befunde aus? Großangelegte empirische Untersuchungen politischer Einstellungen und Verhaltensweisen von Arbeitslosen, wie sie für die Vereinigten Staaten von Schlozman und Verba (1979) vorgelegt wurden, gibt es bislang für die Bundesrepublik nicht. Nur in drei veröffentlichten Studien wurden explizit politische Fragen thematisiert (Bahnmüller 1978; Hentschel 1978; Baumann 1979). Ihre Daten stammen aber aus der Frühphase der gegenwärtigen Rezession, als das Problem der Arbeitslosigkeit noch als vorübergehend verdrängt werden konnte. Sie lassen sich inhaltlich mit wenigen Worten zusammenfassen: 1975/76 waren die deutschen Arbeitslosen politisch überdurchschnittlich uninteressiert und gleichgültig; Radikalisierungstendenzen oder Neigungen zu Splitterparteien ließen sich kaum ausmachen; Wahlabsichten für CDU und CSU waren etwas unter-, für die SPD etwas überdurchschnittlich häufig.

Für die empirischen Analysen dieses Beitrags standen die folgenden Materialien zur Verfügung: Für die Bundestagswahl 1980 wurde ein Datensatz durch Zusammenfügung identischer Items aus 11 Einzelumfragen erzeugt, aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1980 und aus den zehn Wellen des von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim durchgeführten ZDF-Politbarometers zur Bundestagswahl 1980.<sup>4</sup> Für die Bundestagswahl 1983 wurden die aus fünf Einzelumfragen zusammengesetzte Wahlstudie der Forschungsgruppe Wahlen und eine mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk im Dezember 1982 durchgeführte eigene Umfrage ausgewertet.<sup>5</sup> Die beiden zusammengesetzten Dateien enthalten für 1980 213 Befragte, die sich selbst als arbeitslos bezeichneten (von rund 15000), für 1983 151 von rund 5200 Probanden. Beide Dateien enthalten Daten zur politischen Einstellungswelt, die zwischen die Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes und das politische Verhalten interveniert, jeweils nur in Teilstichproben. Deshalb wird im folgenden Abschnitt, welcher der Analyse derartiger Einstellungen gewidmet ist, nur auf die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften von 1980 zurückgegriffen.

---

<sup>4</sup> Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften — ALLBUS 1980* (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Umfrage Nr. 1000); Forschungsgruppe Wahlen, *Wahlstudie 80* (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Umfrage Nr. 1053).

<sup>5</sup> Forschungsgruppe Wahlen, *Wahlstudie 83* (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Umfrage Nr. 1275); die letztere Umfrage wurde im Auftrag des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung in Freiburg im Breisgau von Contest-Census in Frankfurt durchgeführt.

## 2. Politische Einstellungen von Arbeitslosen

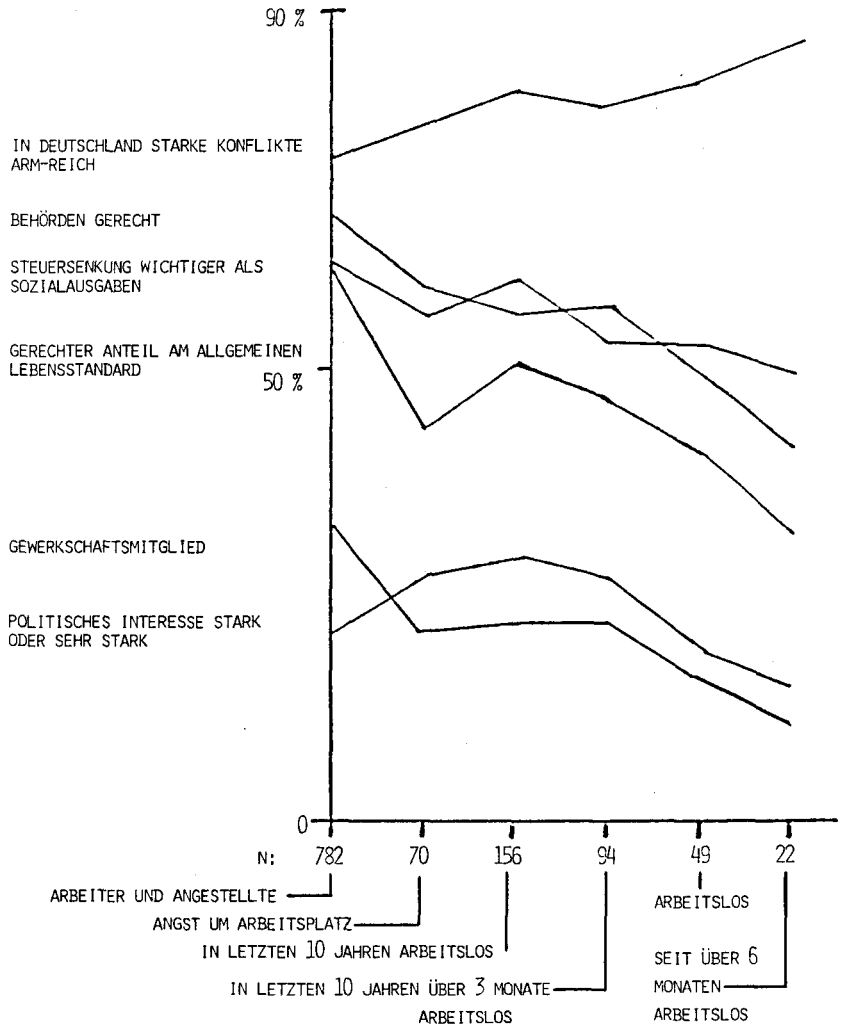
Die relativ niedrige Anzahl von Arbeitslosen im ALLBUS 1980 läßt sich in einen sinnvollen Kontext stellen, wenn man sie mit geeigneten Vergleichsgruppen zusammenbringt, welche in immer schärferer Form den Druck des Arbeitsmarktes spüren oder gespürt haben. In den Abbildungen 2 und 3 sind eine Reihe von politischen Einstellungen für die folgenden Gruppen aufgezeichnet: Arbeiter und Angestellte (außer leitenden Angestellten) als der adäquaten erwerbstätigen Vergleichsgruppe, Befragte, die sich um den eigenen Arbeitsplatz oder den des Ehepartners sorgen, Personen, die in den letzten zehn Jahren arbeitslos waren, bei denen die frühere Arbeitslosigkeit länger als drei Monate dauerte, schließlich die Arbeitslosen selbst und darunter die über sechs Monate Arbeitslosen.

Natürlich kann hier nur über eine Auswahl von Einstellungen berichtet werden. Die staatlichen Behörden hielten für in der Regel gerecht zwei Drittel der Erwerbstätigen, aber nur die Hälfte der Arbeitslosen. Einen gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard zu haben, gaben Arbeitslose zu 20 Prozent weniger an als vergleichbare Erwerbstätige. Starke oder sehr starke Konflikte zwischen arm und reich in der Bundesrepublik sahen die Arbeitslosen etwas häufiger als die Vergleichsgruppen. Die Auffassung, daß Steuersenkungen wichtiger seien als vermehrte staatliche Sozialleistungen, war bei den Arbeitslosen deutlich weniger verbreitet als bei den Erwerbstätigen. Gewerkschaftsmitgliedschaft ist zwar keine politische Einstellung, sie reflektiert aber die Einschätzung der Vertretung der eigenen Interessen durch diese Organisationen. Während ein Drittel der Erwerbstätigen angaben, einer Gewerkschaft anzugehören, taten das nur ein Sechstel der Arbeitslosen, die offensichtlich am Einsatz der Gewerkschaften für ihre Belange zweifeln oder einfach die Beiträge sparen wollen.

× Die länger als sechs Monate Arbeitslosen sind in ihren Einstellungen durchweg am weitesten von den Erwerbstätigen entfernt. Die Dauer der persönlichen Arbeitslosigkeit scheint für die politische Reaktion von großer Bedeutung; Ferner fällt auf, daß diejenigen Befragten, die Angst um den Arbeitsplatz angeben, mit ihren Ansichten viel näher bei den Arbeitslosen stehen als bei den Erwerbstätigen, die keine solche Sorge artikulieren. Angst um den Arbeitsplatz scheint fast ebenso stark auf politische Einstellungen einzuwirken wie der tatsächliche Verlust der Erwerbstätigkeit. Die einzige Abweichung vom sonstigen Muster fast monoton verlaufender Kurven ergibt sich beim politischen Interesse. Hier liegen die Arbeitslosen zwar etwas und die längerfristigen Arbeitslosen deutlich unter den Erwerbstätigen, die früher Erwerbslosen und die um den Arbeitsplatz Besorgten dagegen über den Erwerbstätigen.

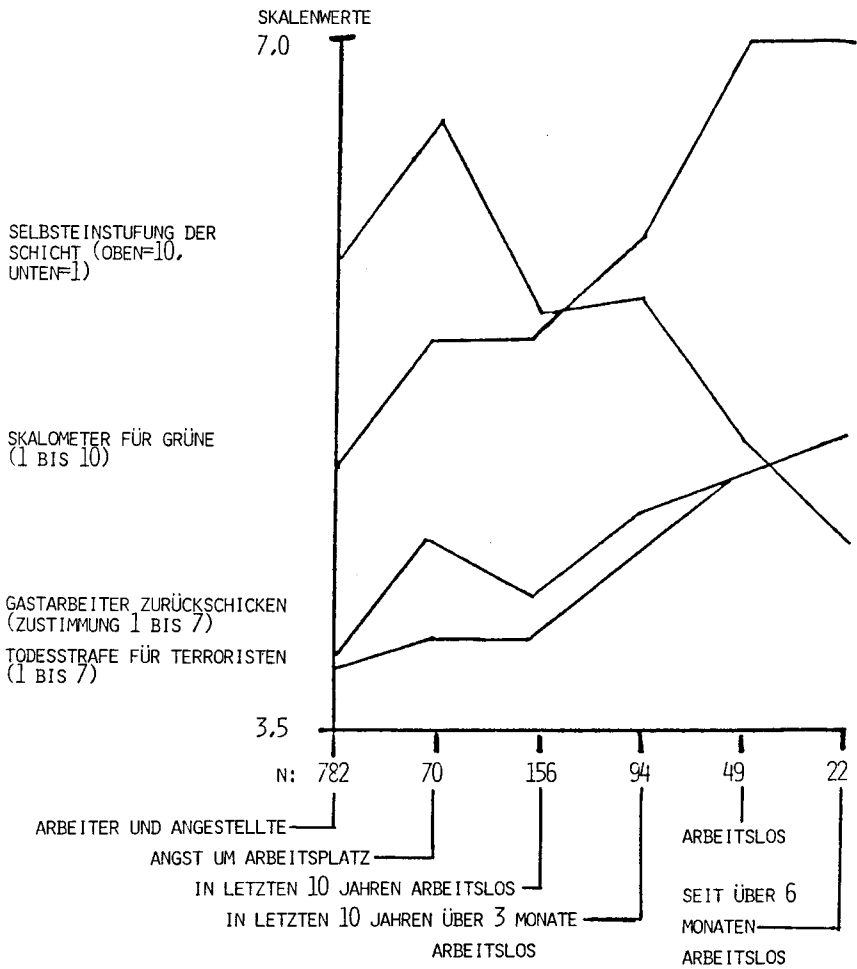
Akzeptiert man die Einstellungen zur erzwungenen Heimkehr der Gastarbeiter und zur Todesstrafe für Terroristen als Indikatoren politischer Illiberalität, dann sind die Arbeitslosen deutlich weniger liberal als die Erwerbstätigen. Die

ABBILDUNG 2: POLITISCHE EINSTELLUNGEN VON ARBEITSLSEN 1990



um den Arbeitsplatz Besorgten sind fast ebenso stark für das Abschieben der Gastarbeiter wie die Arbeitslosen selbst. Bei der Selbsteinstufung auf einer sozialen Oben-Unten-Dimension klammern sich diese Befragten besonders an den bisherigen Status, während die Arbeitslosen sich realistischerweise sozial deklassiert sehen. Das Sympathieskalometer für die GRÜNEN ist in die Abbildung 3 aufgenommen, weil es ein Paradox aufzeigt, das überleitet zur Untersuchung des Wahlverhaltens. Die Arbeitslosen sind weniger liberal eingestellt als die Erwerbstätigen. Sie befürworten auch, was in der Abbildung

ABBILDUNG 3: POLITISCHE EINSTELLUNGEN VON ARBEITSLOSEN 1980



nicht enthalten ist, viel eher den Ausbau der Kernenergie. Gleichzeitig sind ihnen die GRÜNEN viel sympathischer als den Erwerbstätigen. Entweder sind es verschiedene Arbeitslose, die einerseits die GRÜNEN sympathisch finden und andererseits Kernenergie, Todesstrafe und Abschiebung der Ausländer befürworten — was die Forderung nach Strukturierung der Arbeitslosigkeit bei der Analyse ihrer politischen Folgen verstärkte — oder Illiberalität und Sympathie für die derzeit wichtigste politisch organisierte Gruppierung, die das etablierte System radikal in Frage stellt, entspringen gemeinsam einer diffusen Protesthaltung, der es um Ausdruck von Unzufriedenheit geht und für die kognitive Konsonanz und die Konsistenz des politischen Weltbildes keine Rolle

spielen. Welche Interpretation besser trifft, werden wir bei der folgenden Analyse des Wahlverhaltens sehen.

### 3. Das Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980

#### 3.1. Wahlbeteiligung

Beginnen wir mit der Wahlbeteiligung. Ob ein Befragter seine Stimme abgeben wird, ist in Interviews schwer zu erheben. Natürlich fragt man immer, ob der Interviewte bei der nächsten Bundestagswahl zu wählen gedenke. Angesichts des Drucks der Partizipationsnorm ist die Validität dieses Instruments aber fraglich.

Es besteht jedoch ein enger Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Beantwortung der Wahlabsichtsfrage. Angesichts der sozialen Norm ist es viel einfacher zu sagen, man werde zwar wählen, wisse aber noch nicht wen, als sich zur Stimmenthaltung zu bekennen. Entsprechend gilt seit langem als Standardwissen der Wahlsoziologie, daß „Unentschiedene“ besonders häufig der Wahl fernbleiben (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944). Wenn man also für verschiedene Befragtengruppen die Anteile der Personen ohne konkrete Wahlabsicht ermittelt, dann kovariieren diese Anteile hochgradig mit den gruppenspezifischen Nichtwähleranteilen.

In Tabelle 1 sind die Anteile der Arbeitslosen und der Erwerbstätigen ohne Wahlabsicht insgesamt und für drei Gemeindegrößenklassen wiedergegeben. Akzeptiert man diese Anteile als Maß für das Reservoir der Nichtwähler, dann ist es bei den Arbeitslosen eindeutig größer als bei den Erwerbstätigen, wobei die Diskrepanz mit der Gemeindegröße stark ansteigt. Zur Wahl zu gehen, ist kein Anzeichen politischer Aktivität. *Nicht* zur Wahl zu gehen dagegen ist in der Bundesrepublik mit ihren traditionell hohen Beteiligungsraten ein Signal für politische Entfremdung und Apathie, zumal bei den Arbeitslosen die üblichen Gründe der Wahlenthaltung entfallen (Radtko 1972; Lavies 1973).

#### 3.2. Wahlverhalten

Akzeptiert man die sogenannte „Sonntagsfrage“ — mit den bekannten Einschränkungen — als halbwegs adäquates Meßinstrument für prospektives Wahlverhalten, dann wird in Tabelle 1 deutlich, daß die Arbeitslosen — ebenso wie die Erwerbstätigen — in allen Gemeindegrößenklassen überwiegend SPD wählen wollten. Die Unionsparteien schnitten bei den Arbeitslosen viel schlechter ab als bei Erwerbstätigen, SPD und FDP *etwas* schlechter. Dafür waren die sonstigen Parteien, namentlich also die GRÜNEN, bei den Arbeitslosen ungleich populärer als bei den Erwerbstätigen, worauf ja bereits hingewiesen wurde. In Großstädten kamen sie schon recht nahe an die prospektive Wählerschaft der Unionsparteien heran. Überhaupt scheint der Urbanisierungsgrad eine für die Strukturierung der politischen Konsequenzen der

Tabelle 1: Wahlabsichten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980:  
Nichtwähler- und Zweitstimmenanteile nach Gemeindegröße

Wahlabsicht	Gemeindegröße			Gesamt	
	bis 20.000 Einwohner	20.000 bis 100.000 Einwohner	über 100.000 Einwohner		
<u>Arbeitslose</u>	keine	19	21	26	22
	CDU/CSU	31	32	23	28
	SPD	46	49	56	51
	FDP	11	8	3	7
	SONSTIGE	12	11	17	14
	N	80	47	86	213
<u>Arbeiter und Angestellte (außer leitende)</u>	keine	14	14	12	13
	CDU/CSU	40	34	26	34
	SPD	48	53	58	53
	FDP	8	8	10	9
	SONSTIGE	4	4	5	4
	N	2191	1325	2016	5532

Arbeitslosigkeit relevante Dimension. So ist normalerweise die FDP eher eine städtische bis großstädtische Partei (z. B. Kaltefleiter 1977). Bei den Arbeitslosen ist sie das überhaupt nicht.

### 3.3. Strukturierung der Arbeitslosigkeit: Alter und Ausbildung

Bevor wir die Deskription verlassen, soll noch ein Blick auf die Verteilung der Wahlabsichten bei Aufgliederung nach Alter und Ausbildung erfolgen, weil die Arbeitslosen sich von den Erwerbstätigen in diesen beiden Merkmalen erheblich unterscheiden. Die Wahlabsichten der jüngsten Arbeitslosen mit niedriger Ausbildung unterscheiden sich spürbar von der Vergleichsgruppe. Prozentual haben etwas mehr Befragte keine Wahlabsicht oder wollen sonstige Parteien wählen, die Sozialdemokraten schneiden erheblich schlechter ab.

Tabelle 2: Wahlabsichten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980:  
Nichtwähler- und Zweitstimmenanteile nach Alter und Ausbildung

			18 - 25	26 - 40	41 - 65	
		Wahlabsicht	Jahre	Jahre	Jahre	
		keine	22	30	22	
<u>Arbeits-</u>	höchstens	CDU/CSU	23	34	26	
		SPD	51	58	55	
		FDP	14	3	10	
	Hauptschule	SONSTIGE	11	5	10	
			N	45	54	65
		keine	9	22	11	
<u>lose</u>	weiterführ- ende	CDU/CSU	20	36	50	
		SPD	30	43	50	
		FDP	5	0	0	
	Ausbildung	SONSTIGE	45	21	0	
			N	22	18	9
		keine	18	13	12	
<u>Arbeiter</u>	höchstens	CDU/CSU	24	34	35	
		SPD	58	56	55	
		FDP	10	8	8	
	Hauptschule	SONSTIGE	8	3	2	
			N	566	1543	1962
<u>Angestellte</u> (außer leitende)	keine		16	11	12	
	weiterführ- ende	CDU/CSU	26	31	48	
		SPD	52	49	34	
		FDP	9	12	15	
	Ausbildung	SONSTIGE	13	9	3	
			N	289	658	445

Die Arbeitslosen *über* 25 Jahre mit geringem Bildungsgrad haben wesentlich weniger Wahlabsichten als die Vergleichsgruppen. Sie stehen den bürgerlichen Parteien ferner als die Vergleichsgruppen und stellen, sofern sie wählen wollen, eine ebenso solide sozialdemokratische Gefolgschaft dar. Sonstige Parteien sind etwas beliebter als bei den entsprechenden Erwerbstätigen, aber weniger populär als bei allen anderen Gruppen von Arbeitslosen. Nur bei diesen weniger qualifizierten Arbeitslosen über 25 Jahren fallen die Wahlabsichten für sonstige Parteien zu gleichen Teilen auf DKP und die GRÜNEN; ansonsten nennen Arbeitslose nur die GRÜNEN als ihre Wahl, wenn sie sich nicht für die etablierten Parteien entscheiden.

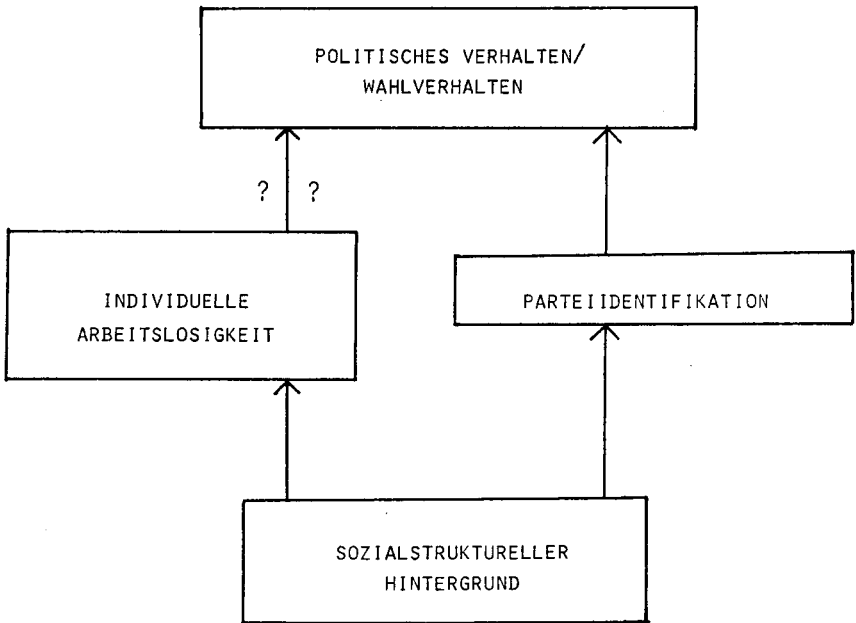
Die Fallzahl der höher qualifizierten Arbeitslosen ist niedrig. Für die Altersgruppen differenzierte Aussagen sind deshalb gefährlich. Insgesamt kann man sagen, daß sich politische Apathie bei den besser ausgebildeten Arbeitslosen weniger zeigt, ja daß sogar in der jüngsten Altersgruppe konkrete Wahlabsichten häufiger sind als in der Vergleichsgruppe. Andererseits ist die höhere Gefolgschaft der Arbeitslosen für die sonstigen Parteien stark auf die besser Ausgebildeten konzentriert. Rund 30 Prozent wollten die GRÜNEN wählen. Die nochmalige Konzentration in der jüngsten Altersgruppe geht eindeutig zu Lasten der SPD. Bei den Arbeitslosen mit weiterführender Ausbildung kann man mithin bei aller Vorsicht ein Muster der politischen Reaktion festhalten, das mit zunehmendem Lebensalter an Bedeutung verliert, nämlich Protestwahl gegen die etablierten Parteien zu Gunsten des alternativen Angebots der GRÜNEN. Ob dahinter ein unter veränderten Umständen auch für andere und möglicherweise extremistische politische Inhalte mobilisierbares Protestpotential steht, kann mit diesen Daten nicht beantwortet werden.

#### *3.4. Der Beitrag individueller Arbeitslosigkeit zur Erklärung des Wahlverhaltens*

Die Arbeitslosen unterschieden sich 1980 in ihrem Wahlverhalten von vergleichbaren Erwerbstätigen. Treten diese Unterschiede *wegen* der individuellen Arbeitslosigkeit auf oder schlagen sich in ihnen die Wirkungen von kausal vorgeordneten oder intervenierenden Drittvariablen nieder? Solche Drittvariablen könnten die soziale Stellung der Befragten und ihre Parteibindung sein (Abbildung 4). Um zu klären, inwiefern hier eigenständige Effekte individueller Arbeitslosigkeit beschrieben wurden, ist es notwendig, die Einflüsse dieser Drittvariablen konstant zu halten.

Als Verfahren hierzu verwende ich die von Jürgen Falter und mir für das Mehrparteiensystem der Bundesrepublik adaptierte Methode der „Normalwahlanalyse“ (Falter/Rattinger 1983), die ursprünglich in den USA entwickelt wurde (Converse 1966; Boyd 1972) und den Vorzug hat, zu übersichtlichen und verständlichen graphischen Repräsentationen zu führen. Zentral für das Verfahren ist der Begriff der „Parteiidentifikation“ (Falter 1981), einer langfri-

ABBILDUNG 4: ARBEITSLOSIGKEIT UND WAHLVERHALTEN



stig stabilen, attitudinalen Bindung an eine Partei, von der im Wahlverhalten kurzfristig abgewichen werden kann. Sehr vereinfacht geht es bei der Normalwahlanalyse darum, innerhalb der einzelnen Ausprägungen einer kategorialen Variablen — hier der Arbeitslosigkeit — die erwarteten Stimmenverteilungen den tatsächlichen gegenüberzustellen. Die Erwartungswerte werden aus den Verteilungen der Parteiidentifikationen in den Kategorien und aus den Assoziationen zwischen Parteiidentifikation und Wahlverhalten in der Vergangenheit errechnet. Die Schwankungsbreite der aufgrund der Parteiidentifikation erwarteten Werte zwischen den Kategorien gibt an, in welchem Umfang die Parteiidentifikation die Verteilung auf die einzelnen Kategorien bestimmt, oder aber — bei eher sozialstrukturellen als attitudinalen Variablen, wie der Arbeitslosigkeit — wie sehr die Parteiidentifikation und die jeweilige kategoriale Variable aufgrund gemeinsamer Determinierung durch längerfristig stabile soziale Gruppenzugehörigkeit kovariieren. Die Entfernung der beobachteten von den erwarteten Stimmenverteilungen zeigt an, wie stark das Wahlverhalten bei Kontrolle der Parteiidentifikation von der jeweiligen kategorialen Variablen abhängt.

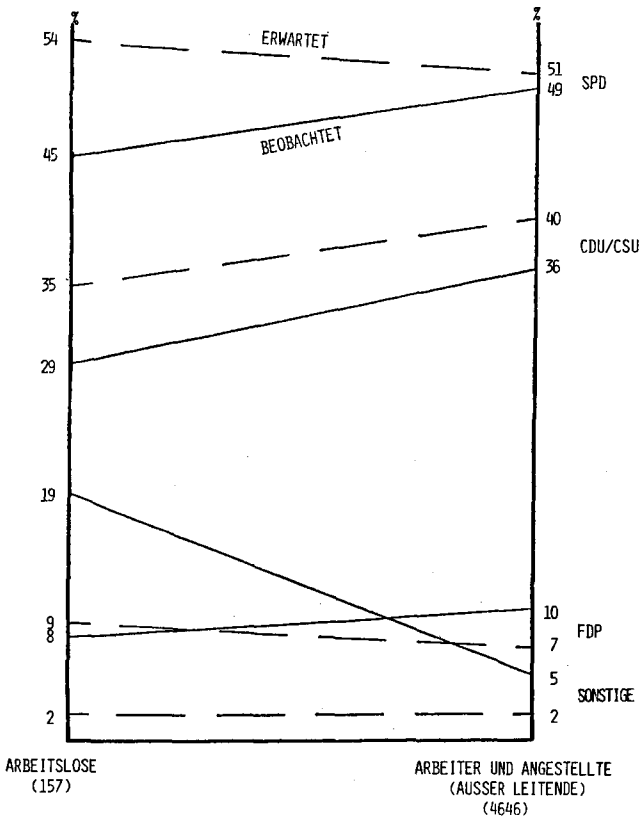
Die Normalwahlanalyse der Arbeitslosen gegen die vergleichbaren Erwerbstätigen (Abbildung 5) zeigt, daß die Aussagen über unterschiedliches Wahlverhalten keine Kunstprodukte der unterschiedlichen Verteilung von Parteibin-

dungen in beiden Gruppen sein können, man erkennt allerdings einige Zusammenhänge hier klarer. Bei Kontrolle der Parteiidentifikation schneidet die FDP bei den Arbeitslosen nur unwesentlich schlechter ab als bei den Erwerbstätigen. Die schlechteren Aussichten der CDU/CSU bei den Arbeitslosen sind aufgrund der Parteiidentifikation zum größten Teil zu erwarten. Die Arbeitslosen *sollten* fünf Prozent CDU/CSU-Stimmen weniger abgeben als die Erwerbstätigen, tatsächlich sind es sieben Prozent weniger. Das Abschneiden der SPD dagegen entspringt einem deutlichen Individualeffekt der Arbeitslosigkeit. Nach der Verteilung der Parteianhänger sollten die Arbeitslosen drei Prozent *mehr* Stimmen für die SPD abgeben als die Erwerbstätigen. Tatsächlich sind es viereinhalb Prozent *weniger*. Genauso deutlich bleibt die Vorliebe der Arbeitslosen für die sonstigen Parteien erhalten. Sie hat offensichtlich wenig damit zu tun, daß die Parteibindungen der Arbeitslosen so andersartig wären als diejenigen der Erwerbstätigen. Die erwarteten Stimmenanteile der Sonstigen sind bei beiden Gruppen fast gleich, die beobachteten liegen um über 13 Prozent auseinander!

Spaltet man die Normalwahlanalyse für nach Alter und Ausbildung gebildete Gruppen auf, dann sind äußerst weitgehende Vorkehrungen gegen Fehlschlüsse getroffen, denn man hält Stellung im Beruf, Parteiidentifikation, Alter und Bildungsgrad konstant. Zur Vereinfachung werden hier nicht einzelne Normalwahl-Diagramme für Teilgruppen wiedergegeben, vielmehr wird ihre Information in einigen wenigen Meßwerten tabellarisch zusammengefaßt. Tabelle 3 enthält für die Befragten über 25 Jahren mit geringerer Qualifikation und für die jüngeren Befragten mit bzw. ohne weiterführende Ausbildung für jede Partei nach der Formel  $(B_A - E_E) - (B_E - E_E)$  berechnete Prozentpunktdifferenzen. Dabei bezeichnet B Beobachtungswerte der Wahlabsicht, E Erwartungswerte der Normalwahlanalyse, der Index A Arbeitslose und der Index E vergleichbare Erwerbstätige, also Arbeiter und Angestellte (außer leitenden Angestellten). Diese Meßwerte geben an, um wieviel Prozentpunkte eine Partei bei den Arbeitslosen stärker über (positive Vorzeichen) oder unter (negative Vorzeichen) dem Erwartungswert auf Grund der Parteiidentifikation liegt als bei den vergleichbaren Erwerbstätigen. Es handelt sich dabei um reine Nettoeffekte individueller Arbeitslosigkeit auf die Verteilung der Wahlabsichten.<sup>6</sup> In Abbildung 5 etwa erhält die CDU/CSU bei Arbeitslosen sieben Prozentpunkte der Stimmen weniger als bei Erwerbstätigen, fünf Prozentpunkte weniger werden jedoch auf Grund der unterschiedlichen Parteiidentifikation der Arbeitslosen erwartet, so daß in der letzten Spalte der Tabelle 3 ein Nettoeffekt von

<sup>6</sup> Die Werte der Tabelle 3 haben eine gewisse Verwandtschaft mit den S-Koeffizienten der Normalwahlanalyse zur Bestimmung von Kurzfristeffekten (vgl. Boyd 1972; Falter/Rattinger 1983). Die S-Werte differenzieren jedoch nicht die Richtung der Zusammenhänge (sie haben nur positive Vorzeichen), ferner gewichten sie Prozentpunktdifferenzen zwischen den Kategorien mit den jeweiligen Fallzahlen.

ABBILDUNG 5: NORMALWAHLANALYSE ARBEITSLÖSE GEGEN ERWERBSTÄTIGE 1980



- 2 (= (29 - 35) - (36 - 40)) zu registrieren ist. Von Rundungsfehlern abgesehen addieren sich diese Nettoeffekte natürlich auf Null und sie zeigen an, wer bei Kontrolle der Parteiidentifikation auf wessen Kosten bei den Arbeitslosen um wieviel Prozentpunkte besser abgeschnitten hat.

Bei dieser Analyse bleiben die wichtigsten im vorhergehenden Abschnitt an Hand der Tabelle 2 diskutierten Befunde bestehen; sie geben also echte Individualeffekte wieder. Die Arbeitslosen über 25 Jahren mit geringerer Ausbildung entfernen sich mit ihrem Wahlverhalten am wenigsten von den vergleichbaren Erwerbstätigen und von ihrer Parteiidentifikation. Sieht man von einem etwas zu hohen Anteil der sonstigen Parteien ab, stimmen diese Arbeitslosen fast genauso, als ob sie nicht arbeitslos wären. Die politische Reaktion dieser Menschen beschränkt sich vorwiegend auf die vorher beschriebene politische Enthaltensamkeit. Massives Protestverhalten ist ihnen fremd.<sup>1</sup>

Tabelle 3: Nettoeffekte individueller Arbeitslosigkeit auf Wahlabsichten 1980 (als für Erwartungswerte bereinigte Prozentpunktdifferenzen der Normalwahlanalyse Arbeitslose gegen vergleichbare Erwerbstätige)

	über 25 Jahre,	bis 25 Jahre		Gesamt
	höchstens Haupt- schule	höchstens Hauptschule	weiterführende Ausbildung	
CDU/CSU	- 2	- 1	- 9	- 2
SPD	- 3	- 15	- 22	- 8
FDP	- 3	+ 7	- 5	- 3
SONSTIGE	+ 8	+ 10	+ 35	+ 13

Ganz anders verhält es sich bei den jüngeren Arbeitslosen. Sofern sie nur über geringe bildungsmäßige Qualifikation verfügen, neigen sie *auch* zur Apathie. Wenn sie aber konkrete Wahlabsichten haben, dann reflektieren diese im Vergleich zu den Erwerbstätigen eine deutliche Abkehr von den Sozialdemokraten zugunsten der GRÜNEN, nach unseren Daten für 1980 profitiert auch die FDP von diesen Einbußen der Sozialdemokraten bei den Arbeitslosen. Bei den besser ausgebildeten jüngeren Arbeitslosen gibt es kaum Apathie, und *alle drei* etablierten Parteien brechen stark ein, nicht nur die SPD, diese allerdings mit Abstand am stärksten. Der aus den Parteiidentifikationen abgeleiteten Erwartung nach hätten die GRÜNEN auch bei diesen Arbeitslosen die schwächste Partei sein müssen. Tatsächlich sind sie mit großem Abstand die stärkste!

Diese Ergebnisse muß man im Kontext der eingangs diskutierten Hypothesen sehen. Apathie und Protest wurden als dominante Reaktionsformen ermittelt. Ob das beobachtete Protestverhalten eine Tendenz zur Radikalisierung bedeuten kann, wissen wir nicht. Nach *rechts* geht sie derzeit mit Sicherheit nicht. Was die „Anti-Regierungs-“ und die „Klientelenhypothese“ angeht, so finden wir von der letzteren überhaupt nichts vor. Mag sein, daß irgendwelche anderen Bevölkerungsgruppen angesichts der Arbeitslosigkeit den Weg zu den Sozialdemokraten gefunden haben; die Arbeitslosen selbst waren von „klassenbewußter“ Verstärkung der SPD weit entfernt. Mit der Geltung der Anti-Regierungshypothese haben wir Schwierigkeiten. Die Arbeitslosen verließen zum Teil zwar die SPD, aber nicht in Richtung auf die Unionsparteien, wie es diese Hypothese will. Protestwahl gehört nicht zu ihrem Vorhersagebereich. Die empirischen Ergebnisse verweisen uns also wieder zurück in den Bereich von Theorie- und Begriffsbildung, hin zu einer präziseren Abgrenzung zwischen systemimmanenem Protest im Sinne der Downsschen Hypothese, Protest gegen das System und Radikalisierung.

✕ Das Protestverhalten der jungen Arbeitslosen unterstreicht übrigens die Notwendigkeit, die Bedeutung der Parteibindung in einer Theorie individueller politischer Reaktion auf Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Macht das Wahlverhalten der älteren Arbeitslosen doch deutlich, daß die lebenszyklische Verfestigung der Parteibindung vielleicht ein ebenso wirksames Hindernis gegen die Reaktion auf Arbeitslosigkeit durch Veränderung des Wahlverhaltens darstellt wie die soziale Absicherung. Die jüngeren Arbeitslosen, die noch gar keine Chance hatten, Stammwähler zu werden, folgen bei der Wahl ihrem expressiven Impetus, die älteren bleiben entweder zu Hause oder wählen weitgehend wie sonst auch. Man könnte daraus folgern, daß die politische Kultur der Bundesrepublik ein Stück weit über die „Schönwetterdemokratie“ hinausgekommen ist.

### 3.5. Modellrechnung für 1980 mit Arbeitslosenzahlen von 1983

Bei der Bundestagswahl 1980 lag die Zahl der Arbeitslosen noch deutlich unter einer Million. In diesem Abschnitt soll das Ergebnis einer ganz einfachen Überlegung vorgeführt werden, wie nämlich unter sonst unveränderten Umständen das Resultat dieser Bundestagswahl ausgesehen hätte, hätte es schon damals, wie 1983, rund zweieinhalb Millionen Arbeitslose gegeben.

Wenn die Anteile der Arbeitslosen und der übrigen Wahlberechtigten ohne konkrete Wahlabsicht die prinzipiell unbekannte Wahlenthaltung beider Wählergruppen widerspiegeln, wenn sich ferner an der Wahlenthaltung beider Gruppen durch die Verschiebung von über eineinhalb Millionen Wahlberechtigten in das Lager der Arbeitslosen nichts geändert hätte, dann wäre die Wahlbeteiligung 1980 bei zweieinhalb Millionen Arbeitslosen um rund einen Drittel Prozentpunkt niedriger gewesen als sie es tatsächlich war: 88,3 statt 88,6 Prozent. Unter einer universellen *ceteris-paribus*-Annahme wird also bei kommenden Bundestagswahlen die Wahlbeteiligung um rund einen halben Prozentpunkt niedriger liegen als bei Vollbeschäftigung. Gleichgültig welches Niveau sie unter den jeweiligen Randbedingungen tatsächlich erreichen mag, wenn die Arbeitslosen sich so verhalten wie 1980, dann wird der isolierte Faktor ihrer größeren politischen Apathie die Wahlbeteiligung niedriger ausfallen lassen als wenn eine Wahl unter Bedingungen des Arbeitsmarktgleichgewichtes stattfände.

Die Modellrechnung für die Stärke der einzelnen Parteien ist kompliziert.<sup>7</sup> Wenn ein Wähler arbeitslos wird, dann ändert sich nicht automatisch seine Parteiidentifikation. Vielmehr besteht die politische Auswirkung darin, daß bei gegebener Parteiidentifikation die Wahrscheinlichkeit des Abfalls von dieser

<sup>7</sup> Das Verfahren besteht, stark vereinfacht, darin, bei gleichbleibender Verteilung von Parteiidentifikationen die für Arbeitslose ermittelten Abwanderungsraten auf einen entsprechend höheren Anteil von Wählern anzuwenden.

Parteibindung in eine bestimmte Richtung systematisch beeinflußt wird. Dies erfaßt die Normalwahlanalyse, die mithin zur Grundlage dieser Berechnung gemacht werden muß. Bei adäquater Berücksichtigung der unterschiedlichen Wahlbeteiligungen ergibt sie, ohne daß auf Details eingegangen werden könnte, daß 1980 bei zweieinhalb Millionen Arbeitslosen CDU/CSU und FDP unverändert abgeschnitten hätten. Die Sozialdemokraten hätten 0,2 Prozentpunkte der Stimmen weniger und die GRÜNEN mehr erhalten: Die SPD 42,7 statt 42,9 die GRÜNEN 1,7 statt 1,5 Prozent. Wenn alles so bleiben sollte wie 1980, dann würden bei kommenden Wahlen die GRÜNEN etwa in der gleichen Größenordnung auf Kosten der SPD von den Stimmen der inzwischen viel zahlreicheren Arbeitslosen profitieren.

Ausdrücklich muß unterstrichen werden, daß diese Berechnungen nur auf den Auswirkungen *individueller* Arbeitslosigkeit beruhen. Da nur etwas mehr als jeder zwanzigste Wahlberechtigte arbeitslos ist, können die *Kontexteffekte* der Arbeitsmarktentwicklung — Furcht, indirekte Betroffenheit und das Gefühl staatlichen Versagens — wesentlich stärker auf das Gesamtergebnis durchschlagen als das hier thematische politische Verhalten der Arbeitslosen. Dies hat man zu berücksichtigen, wenn einem diese Zahlen als lächerlich geringfügige Abweichungen vorkommen. Der Unterschied zwischen 4,9 und 5,1 Prozent ist für die betroffene Partei übrigens absolut nicht lächerlich. Wahlen sind außerdem das Produkt hundertfacher lang-, mittel- und kurzfristiger Einflüsse, die sich gegenseitig verstärken oder auch aufheben können. Ein einzelner solcher Faktor, der auch nicht für jeden einzelnen Arbeitslosen *das* politisch ausschlaggebende Motiv darstellen muß, *kann* gar nicht mehr als marginale Gesamtwirkungen zeigen. Bei Untersuchungen der Kontextwirkungen der Arbeitslosigkeit zeichnet sich allerdings ab, daß beide Effekte parallel laufen, daß also zu diesen Stimmenverschiebungen bei den Arbeitslosen für das Gesamtergebnis gewichtigere, gleichgerichtete Wählerströme bei Nicht-Arbeitslosen hinzutreten, die ebenfalls durch die Arbeitsmarktlage bedingt sind (Rattinger 1983).

Bei einem Teil dieser Berechnungen muß einem unwohl werden, auch wenn man noch so sehr ihre Abhängigkeit von der fortdauernden Gültigkeit der Randbedingungen betont. 1980 mögen die GRÜNEN vielleicht 50 000 Stimmen von Arbeitslosen erhalten haben, die ansonsten SPD gewählt hätten. Die Frage ist aber: Warum? Diese Frage verweist erneut zurück zur Theorie: Gehört nicht zu den Randbedingungen die damalige Rolle der SPD in der Bundesregierung? Waren die hohen Stimmenanteile der GRÜNEN bei den Arbeitslosen Protest gegen die Regierung — oder Protest gegen das gesamte politische System — oder nur Protest gegen den Regierungsflügel der SPD?

Wenn auch in Zukunft die Arbeitslosen im Vergleich zu ihren Parteiidentifikationen überproportional für die GRÜNEN stimmen werden, wem werden diese Stimmen verlorengehen? Für Protest gegen eine bestimmte SPD ist die Basis am 1. Oktober 1982 entfallen. Protest gegen das gesamte System kann sich

entweder gegen alle etablierten Parteien richten, was aber 1980 deutlich nur bei den jüngeren und besser ausgebildeten Arbeitslosen zu beobachten war, oder er kann — *pars pro toto* — an den Regierungsparteien ausgelassen werden. Dann fällt er phänotypisch mit Protest gegen die Regierung zusammen. Die Regierung ist aber nicht mehr die gleiche. Wenn wir in dem grünen Wahlverhalten der Arbeitslosen Protest gegen die Regierung sehen, dann sollten jetzt die Unionsparteien unter solchem Protest leiden, die SPD davon vielleicht sogar profitieren.

Oder vielleicht doch nicht? Wie empfänglich sind Wähler für Argumentationen über hinterbliebene „Erblasten“, akademisch formuliert: Wie sehen Vergessensraten und Zeithorizonte der Wähler aus — eine zentrale Fragestellung der Ökonomischen Theorie der Politik (Herder-Dorneich/Groszer 1977: 169 ff.). Wir haben gesehen, daß 1980 individuelle Arbeitslosigkeit politische Verhaltensweisen mitgestaltet und das Wahlergebnis beeinflußt hat. Für eine *sichere* Prognose, wie sie auf die Stimmenverteilungen bei künftigen Wahlen wirken wird, bräuchten wir unter anderem theoretisch und empirisch gesicherte Erkenntnisse über die Geschwindigkeit, mit der die Wähler wirtschaftspolitische Regierungsverantwortung umdefinieren.

#### 4. Vergleichsergebnisse zur Bundestagswahl 1983

##### 4.1. Wahlbeteiligung

Antworten auf einige der im letzten Abschnitt formulierten Fragen kann man näherkommen, wenn man das Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl vom März 1983 untersucht. Allgemein wurde vor dieser Wahl angesichts der Emotionalisierung der Wählerschaft nach dem Regierungswechsel vom Herbst 1982 mit einer höheren Wahlbeteiligung als 1980 gerechnet. Im Vergleich mit diesen Erwartungen nahm sich die tatsächliche Zunahme der Wahlbeteiligung um einen halben Prozentpunkt auf 89,1 Prozent eher bescheiden aus. Nach den im letzten Abschnitt vorgetragenen Ergebnissen läßt sich eine teilweise Erklärung hierfür aus dem Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1980 ableiten. Sollte die Wahlenthaltung der Arbeitslosen von 1980 bis 1983 im Vergleich mit derjenigen der nicht arbeitslosen Wahlberechtigten etwa konstant geblieben sein, dann wäre 1983 bei der Bundestagswahl allein aufgrund der Zunahme der Zahl der Arbeitslosen eine um einen halben Prozentpunkt niedrigere Wahlbeteiligung im Vergleich zur Vollbeschäftigung zu erwarten gewesen. Die eventuellen Kontextwirkungen der Arbeitsmarktlage auf die Wahlbeteiligung bleiben dabei unberücksichtigt.

Vergleicht man nun in der Wahlstudie 83 (bzw. in unserer eigenen Umfrage vom Dezember 1982) die Anteile der Befragten ohne konkrete Wahlabsicht zwischen Arbeitslosen und entsprechenden Erwerbstätigen, dann liegt dieser Prozentsatz für die Arbeitslosen bei 26 (bzw. 24), für die Erwerbstätigen bei 12

(bzw. 15) Prozent (s. Tabelle 4). Diese Werte liegen recht nahe an den in Tabelle 1 für 1980 aufgeführten (22 bzw. 13 Prozent). Es kann also als gesichert gelten, daß auch bei der Bundestagswahl 1983 die Arbeitslosen weniger häufig zur Wahl gingen als vergleichbare Erwerbstätige, daß es somit auch mit der Zunahme der Arbeitslosenziffern zwischen den beiden letzten Bundestagswahlen zusammenhängt, daß der Anstieg der Wahlbeteiligung nicht ganz das allgemein erwartete Ausmaß erreichte.

Tabelle 4: Wahlabsichten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1983:  
Nichtwähler- und Zweitstimmenanteile

Wahlabsicht	Arbeitslose	Arbeiter und Angestellte (außer leitende)
keine	26	12
CDU/CSU	32	45
SPD	41	46
FDP	4	4
SONSTIGE	23	6
N	151	1682

#### 4.2. Wahlverhalten

Ein Vergleich der Wahlabsichten 1980 und 1983 in der letzten Spalte der Tabelle 1 und in Tabelle 4 verdeutlicht einige interessante Entwicklungen. Wahlabsichten für die Unionsparteien waren 1983 bei Arbeitslosen wie bei vergleichbaren Erwerbstätigen deutlich häufiger als 1980. Zum Teil reflektiert dies sicherlich nur den gewachsenen Bekennermut der Unionsanhänger, die während der sozialliberalen Koalition bekanntlich im Vergleich zu tatsächlichen Wahlergebnissen in Umfragedaten stets eindeutig unterrepräsentiert waren. Darüber hinaus müssen aber bei den mit den Arbeitslosen vergleichbaren Erwerbstätigen zwischen 1980 und 1983 echte Stimmenverschiebungen von den Sozialdemokraten zu den Unionsparteien stattgefunden haben; 1980 lagen die entsprechenden Wahlabsichten noch fast 20 Prozentpunkte auseinander, 1983 waren sie praktisch identisch. Die Verluste der FDP vollzogen sich bei beiden befragten Gruppen ziemlich gleichförmig. Die sonstigen Parteien konnten bei den Erwerbstätigen nur einen recht bescheidenen Stimmenzuwachs verbuchen.

Bei den Arbeitslosen blieben die Sozialdemokraten 1983 trotz des starken Rückgangs der Wahlabsichten die stärkste Partei, die Führung vor den Unionsparteien schrumpfte jedoch von über 20 auf unter zehn Prozentpunkte. Während der Anstieg der Unionsparteien bei den Arbeitslosen wohl vor allem die abnehmende Verzerrung der Wahlabsichtsfrage reflektiert, kamen die Stimmenverluste der Sozialdemokraten bei den Arbeitslosen eindeutig den sonstigen Parteien zugute, besonders also den GRÜNEN. Die Wahlabsichten für diese Parteien bei den Arbeitslosen nahmen zwischen 1980 und 1983 von 14 auf 23 Prozent zu, so daß die GRÜNEN, die 1983 bei den mit den Arbeitslosen vergleichbaren Erwerbstätigen gerade eben über die Sperrklausel von fünf Prozent kamen, bei den Arbeitslosen ihre Rolle als „dritte Kraft“ nachhaltig ausbauen konnten.

#### *4.3. Strukturierung der Arbeitslosigkeit: Alter und Ausbildung*

Bemerkenswerte Erkenntnisse ergeben sich auch bei der Aufgliederung der Wahlabsichten nach Alter und Ausbildung (Tabelle 5). Hinsichtlich des Fehlens konkreter Wahlabsichten ergibt sich das gleiche Bild wie 1980: Die älteren und weniger qualifizierten Arbeitslosen haben im Vergleich zu den entsprechenden Erwerbstätigen besonders häufig keine konkrete Wahlabsicht. Die Arbeitslosen unter 26 Jahren ohne weiterführende Ausbildung geben ebenso häufig keine konkrete Wahlabsicht an, allerdings trifft dies auch bei den Erwerbstätigen für diese Teilstichprobe am häufigsten zu. Die Arbeitslosen über 25 Jahren mit weiterführender Ausbildung unterscheiden sich im Anteil konkreter Wahlabsichten schon lange nicht mehr so deutlich von der Vergleichsgruppe; die jüngeren und höher qualifizierten Arbeitslosen schließlich geben, wie 1980, eher sogar häufiger eine bestimmte Wahlabsicht an als Angehörige der Vergleichsgruppe.

Hinsichtlich der Interpretation der Verteilung der Wahlabsichten in den einzelnen Teilgruppen von Arbeitslosen ist angesichts der Fallzahlen natürlich Vorsicht angezeigt. Dennoch ist es aufschlußreich zu prüfen, bei welchen Arbeitslosen das gegenüber den Erwerbstätigen überdurchschnittlich gute Abschneiden der sonstigen Parteien konzentriert ist und auf wessen Kosten das jeweils geht. Wie 1980 hatten die Arbeitslosen über 25 Jahren mit geringerem Bildungsgrad den niedrigsten Stimmenanteil für die sonstigen Parteien. Er lag jedoch deutlich höher als bei der erwerbstätigen Vergleichsgruppe, die diesen Parteien äußerst geringe Sympathien entgegenbrachte. Bezahlen mußte dafür fast ausschließlich die SPD. Bei den jüngeren Arbeitslosen ohne und bei den älteren Arbeitslosen mit weiterführender Ausbildung erreichten die sonstigen Parteien mit rund einem Drittel der Wahlabsichten gegenüber den Vergleichsgruppen einen fast vierfachen Stimmenanteil. In beiden Teilgruppen ging das praktisch ausschließlich auf Kosten der Unionsparteien, was 1980 keineswegs der Fall gewesen war. Der höchste Stimmenanteil der sonstigen Parteien ist erneut bei den jüngeren Arbeitslosen mit weiterführender Ausbildung zu

beobachten. Zwar liegt er auch in der Vergleichsgruppe fast bei einem Viertel, bei den Arbeitslosen jedoch über 50 Prozent. Dieses gute Abschneiden der sonstigen Parteien gegenüber der Vergleichsgruppe geht zu zwei Drittel zu Lasten der Unionsparteien und zu einem Drittel auf Kosten der Sozialdemokraten.

Tabelle 5: Wahlabsichten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1983:  
Nichtwähler- und Zweitstimmenanteile nach Alter und Ausbildung

		Wahlabsicht	18 - 25 Jahre	26 - 65 Jahre
		keine	30	30
<u>Arbeits-</u>	höchstens	CDU/CSU	17	46
		SPD	50	40
	Hauptschule	FDP	3	5
		SONSTIGE	30	9
		N	35	77
		keine	11	17
<u>lose</u>	weiterführende	CDU/CSU	20	17
		SPD	27	44
	Ausbildung	FDP	0	4
		SONSTIGE	53	35
		N	15	24
		keine	20	10
<u>Arbeiter</u> <u>und</u> <u>Angestellte</u>	höchstens	CDU/CSU	36	44
		SPD	53	51
	Hauptschule	FDP	4	3
		SONSTIGE	8	2
		N	171	977
(außer		keine	14	11
leitende)		CDU/CSU	39	54
Ausbildung	weiterführende	SPD	36	33
		FDP	2	5
	SONSTIGE	23	9	
		N	121	413

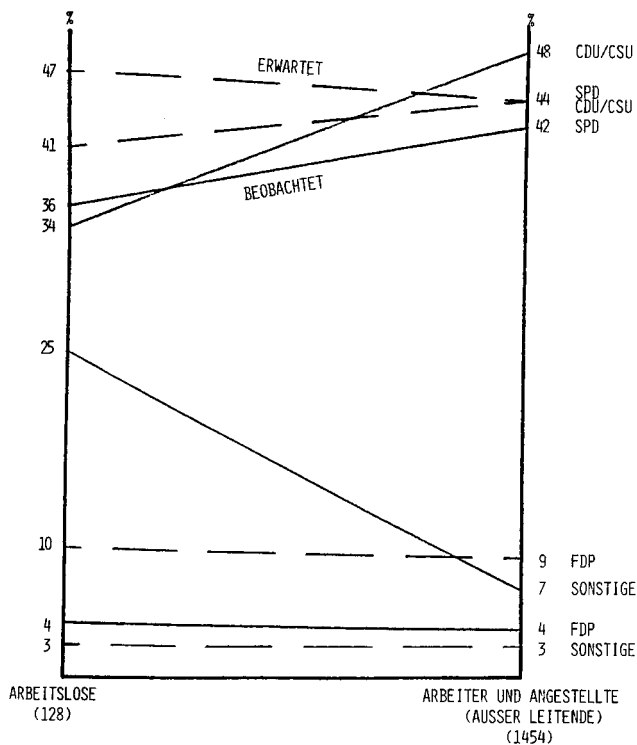
→ Diese Gegenüberstellung zeigt, daß individuelle Arbeitslosigkeit sich 1980 und 1983 durchaus unterschiedlich auf Wahlabsichten ausgewirkt hat. Völlig einheitlich — 1983 jedoch noch stärker als 1980 — ist ihr Effekt zugunsten der sonstigen Parteien, der je nach Alter und Bildungsgrad unterschiedlich stark ist. 1980 aber ging dieser Effekt bei den älteren und weniger qualifizierten Arbeitslosen auf Kosten der Unionsparteien, bei den übrigen Gruppen von Arbeitslosen vor allem auf Kosten der Sozialdemokraten. 1983 stellen sich diese Beziehungen genau umgekehrt dar: Das ist der Grund dafür, daß man — bei etwa gleichbleibender Verteilung der Arbeitslosen nach Bildung und Alter — aus Tabelle 4 im Vergleich zur letzten Spalte von Tabelle 1 den Eindruck erhält, daß die Arbeitslosen sich 1983 im Vergleich zu 1980 vor allem von den Unionsparteien abgewandt haben. Allerdings beruhen diese Aussagen auf reinen Häufigkeitsverteilungen von Wahlabsichten und vernachlässigen die Möglichkeit, daß derartige unterschiedliche beobachtete Wahlabsichten auf verschiedene Verteilungen von Parteibindungen zurückzuführen sein könnten. Erneut tut also die Kontrolle von Parteibindungen not, um den Erklärungsbeitrag individueller Arbeitslosigkeit für das Wahlverhalten beurteilen zu können.

#### *4.4. Der Beitrag individueller Arbeitslosigkeit zur Erklärung des Wahlverhaltens*

Auch 1983 unterschieden sich die Arbeitslosen in ihrem Wahlverhalten von den vergleichbaren Erwerbstätigen. Durch eine Normalwahlanalyse (Abbildung 6) kann erneut sichtbar gemacht werden, inwiefern es sich bei diesen Unterschieden um eigenständige Auswirkungen individueller Arbeitslosigkeit auf die Stimmabgabe handelt.

Wie schon bei der Bundestagswahl 1980 zeigt die Normalwahlanalyse, daß die in Tabelle 4 festgehaltenen unterschiedlichen Wahlabsichten zwischen Arbeitslosen und vergleichbaren Erwerbstätigen nicht allein durch verschiedene Verteilungen von Parteidentifikationen erklärt werden können. Sie zeigt aber auch, daß die Prozentpunktdifferenzen zwischen den Stimmenanteilen der einzelnen Parteien in den beiden Gruppen von Befragten die Effekte individueller Arbeitslosigkeit nicht ganz adäquat erfassen. Im Fall der CDU/CSU übertreibt diese Differenz von 13 Prozentpunkten den tatsächlichen Effekt, denn nach den Parteibindungen sollten die Unionsparteien bei den Arbeitslosen um drei Prozentpunkte schlechter abschneiden. In der letzten Spalte der Tabelle 6 ist deshalb der aus der Normalwahlanalyse abgeleitete Nettoeffekt mit minus zehn Prozentpunkten beziffert. Bei den Sozialdemokraten wird der Effekt individueller Arbeitslosigkeit durch die fünf Prozentpunkte Differenz in Tabelle 4 unterschätzt, denn die Sozialdemokraten sollten bei den Arbeitslosen aufgrund der Parteidentifikationen um drei Prozentpunkte besser abschneiden (s. Abbildung 6). Dementsprechend beträgt der Nettoeffekt in der letzten Spalte der Tabelle 6 minus acht Prozentpunkte. Bei der FDP und den sonstigen Parteien bringt die Normalwahlanalyse keine zusätzlichen Einsichten, da die Erwartungswerte sich zwischen den beiden befragten Gruppen nicht unterschei-

ABBILDUNG 6: NORMALWAHLANALYSE ARBEITSLOSE GEGEN ERWERBSTÄTIGE 1983



den; Brutto- und Nettoeffekte sind deshalb identisch. Das gute Abschneiden der sonstigen Parteien bei den Arbeitslosen hat also mit andersartigen Parteibindungen nichts zu tun, sondern wird allein durch die Erfahrung persönlicher Arbeitslosigkeit verursacht.

Bei der Aufspaltung der Normalwahlanalyse Arbeitslose gegen vergleichbare Erwerbstätige für nach Alter und Bildungsgrad definierte Teilstichproben wird wiederum zur Platzersparnis auf die Wiedergabe der Normalwahl-Grafiken verzichtet. Die entsprechenden Ergebnisse sind in Form von Prozentpunktdifferenzen ausgedrückten Nettoeffekten individueller Arbeitslosigkeit auf Wahlabsichten in Tabelle 6 wiedergegeben. Sie verdeutlichen, daß auch die im vorhergehenden Abschnitt an Hand der Tabelle 5 dargestellten Befunde größtenteils echte Auswirkungen individueller Arbeitslosigkeit widerspiegeln. Die dadurch erzeugte größere Neigung zur Wahl sonstiger Parteien ist bei Arbeitslosen über 25 Jahren und ohne weiterführende Ausbildung am geringsten ausgeprägt. In der ersteren Gruppe geht sie vor allem auf Kosten der Unionsparteien, in der zweiten Gruppe teilen sich die beiden großen Parteien die Nettoverluste etwa zu gleichen Teilen. Die wesentlich stärkere Hinwendung der

Tabelle 6: Nettoeffekte individueller Arbeitslosigkeit auf Wahlabsichten 1983 (als für Erwartungswerte bereinigte Prozentpunktdifferenzen der Normalwahlanalyse Arbeitslose gegen vergleichbare Erwerbstätige)

	bis 25 Jahre	über 25 Jahre	höchstens Hauptschule	weiterführende Ausbildung	Gesamt
CDU/CSU	- 6	- 10	- 7	- 18	- 10
SPD	- 15	- 5	- 8	- 8	- 8
FDP	- 4	+ 2	+ 2	- 5	+ 0
SONSTIGE	+ 26	+ 12	+ 12	+ 31	+ 18

jüngeren Arbeitslosen zu den sonstigen Parteien schadet im Nettoeffekt vor allem den Sozialdemokraten, die ebenfalls sehr stark ausgeprägte Vorliebe der besser qualifizierten Arbeitslosen für diese Parteien bewirkt vor allem kräftige Verluste der CDU/CSU. Das bedeutet natürlich nicht, daß Anhänger der Unionsparteien mit besserer Ausbildung im Fall der Arbeitslosigkeit sich unmittelbar den sonstigen Parteien, besonders also den GRÜNEN, zuwenden. Vielmehr sind in dieser Teilgruppe der arbeitslosen Wähler durchaus Wählerströme von den Unionsparteien zu den Sozialdemokraten und von letzteren zu den GRÜNEN denkbar. In den aggregierten Befunden der Normalwahlanalyse läßt sich derlei jedoch nicht nachvollziehen.

In den hier analysierten Umfragedaten stieg der Stimmenanteil der sonstigen Parteien bei Arbeitslosen von 1980 nach 1983 von 14 auf 23 Prozent, bei den vergleichbaren Erwerbstätigen nur von vier auf sechs Prozent. Der Nettoeffekt individueller Arbeitslosigkeit zugunsten der sonstigen Parteien wird für 1980 auf 13, für 1983 auf 18 Prozentpunkte beziffert. Protestwahl war also 1983 bei den Arbeitslosen noch häufiger als 1980 — und wegen der höheren Arbeitslosenzahl natürlich quantitativ wesentlich bedeutsamer. Damit ist das bessere Abschneiden der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1983 gegenüber 1980 zumindest teilweise auch unmittelbar durch den Anstieg der Arbeitslosenzahlen und durch die gestiegene Neigung der Arbeitslosen zur Protestwahl erklärbar. Die Hauptleidtragenden dieses Protestwahlverhaltens sind für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen zu differenzieren. In ihrer Gesamtheit schadete es 1980 vor allem den Sozialdemokraten und in geringem Umfang der FDP. 1983 kam die FDP völlig ungeschoren davon, die Stimmenverluste der Sozialdemokraten bei den Arbeitslosen lagen in der gleichen Größenordnung wie 1980. Die Unions-

parteien jedoch, die 1980 im Vergleich zu den Erwartungswerten bei den Arbeitslosen noch ebensogut abgeschnitten hatten wie bei den vergleichbaren Erwerbstätigen, hatten 1983 von allen etablierten Parteien die stärksten Stimmeneinbußen bei Arbeitslosen zu verzeichnen. Der Netto-Vorteil der sonstigen Parteien von 18 Prozentpunkten ging mit zehn Prozentpunkten zu Lasten der CDU/CSU, mit acht Prozentpunkten zu Lasten der SPD. Im Rahmen der eingangs diskutierten Hypothesen stellt sich damit natürlich sofort die Frage, ob es sich hierbei um eine Abwendung der Arbeitslosen von der jeweiligen Regierung handelt und ob sich ein derartiger Wandel in der Zuschreibung von Regierungsverantwortung dokumentieren läßt. Dieser Frage ist der folgende und letzte Abschnitt gewidmet.

#### 4.5. Auswirkungen des Regierungswechsels auf das Wahlverhalten der Arbeitslosen

Die Wahlstudie 83 ist aus fünf Einzelbefragungen im August und Oktober 1982 und im Januar, Februar und März 1983 zusammengesetzt. Wegen der Veränderungen der politischen Randbedingungen über diesen Zeitraum ist dies für eine Vielzahl von Fragestellungen von Nachteil. Andererseits ergibt sich dadurch die Möglichkeit, diesen Datensatz für die Normalwahlanalyse Arbeitslose gegen Erwerbstätige in eine Teilstichprobe vor dem Regierungswechsel im Sommer und Herbst 1982 und nach dem Regierungswechsel Anfang 1983 aufzuspalten. Unsere eigene Umfrage (s. Anm. 5), die Anfang Dezember 1982 durchgeführt wurde, fällt zwischen diese beiden Zeiträume. Tabelle 7 faßt die aus der Normalwahlanalyse abgeleiteten Nettoeffekte individueller Arbeitslosigkeit auf das Wahlverhalten für diese drei Zeiträume zusammen.

Tabelle 7: Nettoeffekte individueller Arbeitslosigkeit auf Wahlabsichten 1980, 1982 und 1983 (als für Erwartungswerte bereinigte Prozentpunktdifferenzen der Normalwahlanalyse Arbeitslose gegen vergleichbare Erwerbstätige)

	1980	August und Oktober 1982	Dezember 1982	Januar, Februar und März 1983
CDU/CSU	- 2	- 3	- 2	- 10
SPD	- 8	- 12	- 2	- 7
FDP	- 3	- 1	- 3	+ 0
SONSTIGE	+ 13	+ 18	+ 7	+ 19

Im August und Oktober 1982 schnitten die sonstigen Parteien im Vergleich zu 1980 bei den Arbeitslosen deutlich besser ab als bei den Erwerbstätigen, wobei sich jedoch hinsichtlich der Verluste der etablierten Parteien das Muster der Bundestagswahl 1980 noch hält. Die stärksten Verluste treffen die Sozialdemokraten, die FDP wird kaum berührt, und die Verluste der Unionsparteien sind fast ebenso gering wie 1980. In der Umfrage vom Dezember 1982 wird die „Schockwirkung“ des Kanzlersturzes sichtbar. Im Vergleich zu 1980 und Herbst 1982 haben die sonstigen Parteien bei den Arbeitslosen deutlich kleinere Vorteile, die zu etwa gleichen Teilen zu Lasten aller drei etablierter Parteien gehen. Im ersten Quartal 1983 zeigt sich wieder das fast schon gewohnte Bild, was das gute Abschneiden der sonstigen Parteien bei den Arbeitslosen angeht. Jetzt aber sind es die Wahlabsichten für die Unionsparteien, die am deutlichsten einbrechen, während die Sozialdemokraten gegenüber August und Oktober 1982 und gegenüber der Bundestagswahl 1980 bei den Arbeitslosen etwas an Boden gewonnen haben.

Bei aller durch die niedrigen Fallzahlen gebotenen Vorsicht erlauben diese Ergebnisse doch gewisse Schlußfolgerungen über die Gültigkeit der verschiedenen eingangs vorgestellten Hypothesen über politische Reaktionen auf individuelle Arbeitslosigkeit. Das Wahlverhalten der Arbeitslosen spiegelte bei den Bundestagswahlen von 1980 und 1983 eindeutig Protestverhalten wider. Dieses Protestverhalten kam jedoch nicht, im Sinne einer systemimmanenten Anti-Regierungs-Hypothese, der jeweiligen großen Oppositionspartei zugute, sondern den sonstigen Parteien, namentlich also den GRÜNEN. Vor dem Regierungswechsel gilt, ebenso wie danach, daß die jeweilige große Oppositionspartei bei den Arbeitslosen ebenso schlechter als bei den Erwerbstätigen abschneidet wie die jeweilige führende Regierungspartei. Allerdings sind die stärksten Stimmeneinbußen unter Arbeitslosen stets bei der jeweiligen Regierungspartei festzustellen, 1980 und im Sommer 1982 bei den Sozialdemokraten, im ersten Quartal 1983 bei den Unionsparteien. Nach einer gewissen Phase der Unsicherheit unmittelbar nach dem Kanzlersturz erscheint die Regierungsverantwortung Anfang 1983 eindeutig neu definiert.

Die vorliegenden Daten sehen so aus, als gelte weder die Anti-Regierungs-Hypothese noch die Klientelhypothese, als führe vielmehr die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auf individueller Ebene zu Protestverhalten gegen das gesamte politische System, gegen alle dieses System tragenden etablierten Parteien, besonders aber gegen die jeweilige führende Regierungspartei. Als verallgemeinerungsfähige Erkenntnis kann dies allerdings noch nicht stehenbleiben. Es könnte ja sein, daß die systemimmanente Anti-Regierungs-Hypothese vor dem Koalitionswechsel im Oktober 1982 deshalb nicht gelten konnte, weil angesichts einer sozialdemokratischen Regierung Protestwahl für die Unionsparteien für Arbeitslose wenig sinnvoll erschien. Man wird die weitere Entwicklung und neuere Daten abwarten müssen um zu sehen, ob es den Sozialdemokraten in der Opposition gelingt, im Nettoeffekt von den Arbeitslo-

sen nicht mehr abgelehnt zu werden, sondern einen Teil der Ablehnung der Regierungsparteien auf das eigene Konto zu ziehen. Eine derartige Entwicklung hin zu einer Zerlegung des Anti-Regierungs-Effekts bei den Arbeitslosen in einerseits Protestwahl für die sonstigen Parteien und andererseits systemimmanente Wählerwanderungen zu den Sozialdemokraten erscheint durchaus denkbar. Die deutliche Abnahme der Stimmeneinbußen der Sozialdemokraten bei den Arbeitslosen zwischen Sommer 1982 und Frühjahr 1983 zeigt in diese Richtung. Diese Überlegung impliziert nicht nur die Forderung nach weiterer empirischer Forschung, sondern verweist uns auch erneut in den Bereich der Theoriebildung. Könnte es doch sein, daß im Rahmen der Anti-Regierungs-Hypothese über den Effekt individueller Arbeitslosigkeit die Gewichtung zwischen systemimmanenter und systemsprengender Ablehnung der Regierung von der Zusammensetzung der Regierung abhängig ist.

### 5. Schlußbemerkung

Wie 1980 war das Wahlverhalten der Arbeitslosen 1983 durch größere politische Apathie als bei Erwerbstätigen und durch Protestwahl gekennzeichnet. Die geringen Fallzahlen gebieten es, die Verteilung dieser Reaktionsformen je nach Strukturierung der Arbeitslosigkeit mit Vorsicht zu interpretieren. Bei aller Parallelität der Ergebnisse für beide Bundestagswahlen und aller Plausibilität der Veränderungen sollte aber nicht vergessen werden, daß wir es 1983 nicht mehr mit den gleichen Arbeitslosen zu tun haben wie 1980. Allein durch den Anstieg ihrer Anzahl um über eineinhalb Millionen haben fast notwendigerweise Strukturveränderungen stattgefunden. Auch ist die hier vorgelegte Analyse gänzlich auf der Ebene der Teilgruppen verblieben, ohne die politischen Effekte der Erfahrung individueller Arbeitslosigkeit konkret auf der Ebene der einzelnen Untersuchungspersonen festzumachen. Dazu bedürfte man natürlich andersartiger Daten, etwa Wiederholungsbefragungen nach der Art eines „Vorher-Nachher“-Verfahrens. Bei aller Unzufriedenheit mit den hier ausgewerteten Daten sollte man allerdings nicht ganz außer acht lassen, daß die Replizierbarkeit wesentlicher Befunde zwischen beiden Wahlen und die sinnvolle Interpretierbarkeit ihrer Unterschiede uns doch ein gewisses Stück in Richtung einer wiederholbaren, vergleichbaren und im Hinblick auf die eingangs vorgeführten Hypothesen aussagekräftigen Analyse des politischen Verhaltens von Arbeitslosen vorangebracht haben, wenn auch nur auf der Ebene aggregierter Aussagen für einzelne Gruppen von Befragten.

Der Bestand gesicherter Ergebnisse zum Thema dieses Beitrags ist insgesamt jedoch noch spärlich, die Theorie ein weites Stück von der Systematisierung und Spezifizierung entfernt, welche für planmäßige Anleitung empirischer Forschung erforderlich wäre. Zu den politischen Folgen von Arbeitslosigkeit für Individuen und politische Systeme haben wir eine Fülle von Fragen, aber noch wenige Antworten. Wir wissen vielleicht, was wir alles wissen *mußten*. Es sollte

auch deutlich geworden sein, welche Hindernisse einem raschen Ausbau des Wissens entgegenstehen. Die Datenlage ist unbefriedigend, der methodische, zeitliche und materielle Aufwand derartiger Forschung beträchtlich. Der Ruf nach weiterer Forschung mit geeigneteren Daten und Methoden ist hier alles andere als die übliche abschließende Floskel zur Entschuldigung der Unzulänglichkeiten der eigenen Arbeit.

### Literatur

- Bahn Müller, R.*, 1978: Arbeitslose als politisches Konfliktpotential? S. 107–133 in: A. Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?* Frankfurt.
- Baumann, U.*, 1979: Handlungsperspektiven und politische Einstellungen arbeitsloser Jugendlicher. Frankfurt.
- Boyd, R. W.*, 1972: Popular Control of Public Policy: A Normal Vote Analysis of the 1968 Election. *American Political Science Review* 66: 429–449.
- Converse, P. E.*, 1966: The Concept of a Normal Vote. S. 9–39 in: A. Campbell/P. E. Converse/W. E. Miller/D. E. Stokes, *Elections and the Political Order*. New York.
- Downs, A.*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York.
- Egle, F.*, 1979: Ansätze für eine systematische Beobachtung und Analyse der Arbeitslosigkeit (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 36). Nürnberg.
- Falter, J. W.*, 1981: Parteiidentifikation. S. 284–287 in: M. Greiffenhagen/S. Greiffenhagen/R. Prätorius (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen.
- Falter, J. W./Link, A./Lohmöller, J.-B./de Rijke, J./Schumann, S.*, 1983: Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 35: 525–554.
- Falter, J. W./Rattinger, H.*, 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. S. 320–421 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen.
- Frey, B. S./Garbers, H.*, 1971/72: Der Einfluß wirtschaftlicher Variabler auf die Popularität der Regierung — eine empirische Analyse. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 186: 281–295.
- Frey, B. S./Schneider, F.*, 1975: On the Modelling of Politico-Economic Interdependence. *European Journal of Political Research* 3: 339–360.
- Frey, B. S.*, 1980: Popularity Functions: The Case of the U. S. and West Germany. S. 47–84 in: P. Whiteley (Hrsg.), *Models of Political Economy*. London.
- Frey, B. S./Weck, H.*, 1981: Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 196: 1–31.
- Hentschel, U.*, 1978: Politische Einstellungen von Arbeitslosen. S. 92–106 in: A. Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?* Frankfurt.
- Herder-Dorneich, P./Groser, M.*, 1977: *Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs*. Göttingen.
- Hibbs, D. A.*, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review* 71: 1467–1487.
- 1979: The Mass Public and Macroeconomic Performance. *American Journal of Political Science* 23: 705–731.
- Jahoda, M./Lazarsfeld, P. F./Zeisel, H.*, 1933: *Die Arbeitslosen von Marienthal: Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit*. Leipzig.

- Kaltefleiter, W.*, 1977: Vorspiel zum Wechsel: Eine Analyse der Bundestagswahl 1976. Berlin.
- Lavies, R.-R.*, 1973: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Düsseldorf.
- Lazarsfeld, P. F./Berelson, B./Gaudet, H.*, 1944: The People's Choice. New York.
- Radtke, G. D.*, 1972: Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim am Glan.
- Rattinger, H.*, 1983: Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential. S.257-317 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Opladen.
- Schlozman, K. L./Verba, S.*, 1979: Injury to Insult: Unemployment, Class, and Political Response. Cambridge, Mass.